

## Stadtratssitzung vom 22.10.20

### **Sitzungsleitung:** Bgm. Dr. Dietmar Gruchmann

Anwesend: Hans-Peter Adolf, Jürgen Ascherl, Florian Baierl, Albert Biersack, Götz Braun, Salvatore Disanto, Bastian Dombret, Christian Furchtsam, Harald Grünwald, Ulrike Haerendel, Jochen Karl, Josef Kink, Alfons Kraft (später), Walter Kratzl, Joachim Krause, Rudi Naisar, Christian Nolte, Daniela Rieth, Gerlinde Schmolke, Sefika Seymen, Michaela Theis

Entschuldigt: Hr. Fröhler, Hr. Kick, Fr. Kocher

Verwaltung: Hr. Balzer, Hr. Heider, Hr. Janich, Fr. May, Fr. Otto, Hr. Zettl

Experten: Fr. Weigand und Hr. Thiele (S&F); Frau Voit, Hr. Schmidt, Fr. Görg und Hr. Pichlmaier (Techn. Direktor der FRM II); 2 Anwälte (Kanzlei Oppenländer)

Presse: Fr. Brosch, Hr. Schwalbe

Gäste: drei

Ende öff. Sitzung: 22.20 Uhr, Ende nichtöff. Sitzung: 23.00 Uhr

Ö 2

Bürgerfragestunde

Ö 3

### **Vorstellung eines Verpflegungskonzeptes für die städtischen Kindertageseinrichtungen sowie die Garchinger Grund- und Mittelschulen**

Hr. Thiele vom S&F-Team erläutert die Veränderungen ggn. dem ursprünglichen Konzept

Vor allem wurde jetzt ein Beschaffungsprofil aufgerufen, das auf die regionale Umgebung des Verpflegers zielt.

Ein höheres Bio-Angebot wird auch höher bepunktet. Auch Saisonalität wird hervorgehoben. Verringerung von Abfall und Einsatz von Mehrweg wird ebenfalls belohnt.

Der Preis ist aufgrund dieser Anpassungen von 70 auf 80 Euro zu erhöhen.

Bgm. erläutert nochmal, dass man EU-rechtlich nicht einen regionalen Anbieter bevorzugen kann.

Hr. Biersack berichtet vom „Versöhnungsgesetz“ der Bayer. Staatsregierung, in dem steht (im Anschluss an die Mehrleistungen der Bauern für den Artenschutz), dass für staatl. Kantinen 50% regionaler Anteil eingekauft wird. Hr. Biersack möchte, dass man alle juristischen Kniffe in Anspruch nimmt, um die Regionalität auch hier durchzusetzen. Man soll sich noch weiter beraten lassen.

Hr. Thiele erläutert, dass unser Verpflegungskonzept vergaberechtlich anders zu behandeln ist. Bsp.: Bayerisches Biosiegel ist aufgenommen in die Ausschreibung, aber vergleichbare Qualitätssiegel müssen auch anerkannt werden.

Fr. Theis hebt hervor, wie wichtig diese Mittagsmahlzeit für die Kinder ist, weil sie da fürs ganze Leben an gesunde Ernährung herangeführt werden.

Hr. Braun stimmt dem Konzept und den Erläuterungen zu. Es sei gelungen, die Anregungen aus dem Stadtrat weitgehend aufzunehmen.

Hr. Adolf kritisiert Fremdworte (wie „cook and chill“) und hebt noch einmal hervor, wie wichtig Regionalität sei. Meckert noch ein bisschen am Procedere rum, aber findet letztlich, dass dank des Antrags der Grünen die Frage der Produktion mit Bezug auf die Umgebung vernünftig gelöst sei. Er möchte höheren Bio-Anteil –Stadt soll das bezuschussen.

Frau Rieth weist darauf hin, dass Wildschwein-Pest vor der Tür steht.

Hr. Biersack will „Qualität aus Bayern“ als Siegel exklusiv berücksichtigt haben. Wird nochmal geprüft.

Vertagungsantrag wird von den Grünen zurückgezogen.

Beschluss: einstimmig so beschlossen.

#### Ö 4

### **Straßenbeleuchtung; Vorstellung des LED-Check-Ups; weiteres Vorgehen**

Hr. Zettl erläutert, dass wir zum momentanen Zeitpunkt das Förderprogramm in Anspruch nehmen können. Weil wir schon viel energiesparende Lampen haben, fällt der Schritt zur LED-Umstellung nicht ganz so groß aus, aber er lohnt sich dennoch. Er geht davon aus, dass Kosten eher unter diesem Anschlag bleiben. Den Haushaltsberatungen möchte der nicht vorgreifen.

Hr. Nolte: Die Kosten sind erheblich (insges. 1,2 Mio), etwa 1/5 Förderung.

Hr. Zettl entgegnet, dass einige Leuchtkörper aber ohnehin saniert werden müssen.

Hr. Furchtsam findet oftmals die Austausch-LED-Lampen nicht so ästhetisch wie die alten.

Bgm. hebt hervor, dass wir auch weitere Vorteile haben, wenn wir die Straßenbeleuchtung selbst in Händen halten.

Hr. Grünwald sieht in jetziger Situation diese Maßnahme als nicht vordringlich und zu teuer an.

Gegen die Stimmen der UG so beschlossen.

#### Ö 5

### **Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitskonzepts (C14-Austritt) und des Frühwarnsystems am FRM II**

Hr. Pichlmaier erläutert, was passiert ist: C14-Emission. Beim Trocknungsprozess, der unabhängig vom Reaktorprozess läuft, ist die Emission passiert. C14 ist schwer nachzuweisen, geringer Beta-Strahler.

Ergriffene Maßnahmen:

- Reaktor wird 2020 nicht wieder angefahren werden.
- Wöchentliches Monitoring eingeführt (betriebsintern): Weist sehr geringe Werte auf.
- Geplante technische Verbesserungen: geschlossenen Kreislauf einführen, der erst freigegeben wird, wenn kein C14 gemessen wird.
- Administrativ: Vortrag bei Reaktorsicherheitskommission und weiteren Gremien, die das bewerten
- Mehrere ganzheitliche Ereignisanalysen
- Betriebshandbuch wird verbessert
- Management- und Schulungskonzepte verbessert

Frau Rieth fragt nochmal nach Ursache des Vorfalls.

Sie problematisiert, dass es kein funktionierendes Katastrophenalarmsystem gibt.

Hr. Pichlmaier antwortet, dass Kat-Warn nur ein Alarmsystem ist. Auf der To-do-Liste steht auch, dass mit Feuerwehren gesprochen wird. Die Ursache war menschliches Versagen. Jetzt ist technische Hürde eingebaut, dass es sich nicht wiederholen kann. Frau Rieth wiederholt nochmal, dass sie an dieser Stelle konstatieren möchte, dass es kein ausreichendes Katastrophenwarnsystem gibt. Hier müssten unbedingt Hausaufgabe gemacht werden.

Hr. Adolf meint, dass der Reaktor nicht gebraucht werde und ausgeschaltet bleiben solle.

Hr. Pichlmaier entgegnet, dass man ihn zum Beispiel für Isotope-Herstellung braucht und dass das im restlichen Europa nicht ersetzt werden kann.

Hr. Grünwald fragt nochmal nach Sicherheitsschulungen. Hr. Pichlmayr weist auf entsprechende Unterweisungen des Personals hin.

Hr. Dombret fragt, ob in Zukunft auch schon unterhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Werts eine Warnung zum Beispiel an die Stadt Garching erfolgt. Hr. Pichlmayr sagt, dass bei sehr geringen Indizien (Grenzwerte sind eh niedrig in Dtl.) eher noch nichts kommuniziert wird.

#### Ö 6

### **Sanierung Restaurant Bürgerhaus - Vorstellung der aktuellen Kostensituation und Freigabe zusätzlicher Maßnahmen**

Hr. Grünwald ist immer noch unzufrieden mit der Aufstellung. Vor allem moniert die rechnerischen Ungereimtheiten.

Hr. Kratzl kritisiert die mehr oder weniger „unkontrollierten“ Erhöhungen. Auch er beklagt nicht-transparente Zahlenergebnisse.

Hr. Nolte fürchtet, dass es auch bei anderen Projekten (Feuerwehrhaus) zu Kostensteigerung um 55 Prozent kommen könne.

Hr. Zettl erwidert, dass viele Maßnahmen, die erforderlich wurden bei Bürgerhaus-Sanierung, nicht vorherzusehen waren. Er nennt Beispiele. Er wird sich gern einer detaillierten Aufbereitung der Zahlen im RPA stellen.

Mit 4 Gegenstimmen (Grüne und Hr. Grünwald) so beschlossen.

#### Ö 7 **Sanierung Bürgerhaus - Vorstellung der aktuellen Kostensituation und Freigabe zusätzlicher Maßnahmen**

Hr. Kratzl regt nochmal neue Beleuchtung bei Kegelbahn an.

Hr. Nolte findet Text der Vorlage und Beschluss nicht logisch abgestimmt.

Beschluss mit 1 Gegenstimme (Hr. Nolte).

#### Ö 8 **Abschluss einer Vereinbarung mit dem Staatlichen Bauamt Freising zum neuen Kreisverkehr an der St2350 gemäß BPl. 171 Kommunikationszone; Genehmigung durch den Stadtrat.**

Einstimmig so beschlossen.

#### Ö 9 **Antrag der Fraktion Bürger für Garching zur autofreien Kommunikationszone.**

Hr. Kraft nennt Antrag „zukunftsorientiert“. Er möchte bei künftigen Bauvorhaben solche Diskussionen über Autofreiheit führen, glaubt aber auch, dass es bei der Komm.zone zu spät ist.

Hr. Krause und Hr. Dombret finden den Antrag zu diesem Zeitpunkt unsinnig. Hr. Dombret möchte aber Straßen- und Radwegplanung nochmal im Detail diskutieren.

Hr. Balzer sagt, dass diese verkehrsrechtl. Details erst in der Erschließungsplanung erfolgen.

Fr. Rieth weist darauf hin, dass in Riem autofreie Zone zum Teil kritisch gesehen wird.

Antrag der BfG wird einstimmig abgelehnt.

#### Ö 10 **Nachtragshaushalt 2020**

Einstimmig so beschlossen.

#### Ö 11 **Erhöhung der Grundsteuerhebesätze**

Bgm. erläutert, dass es auch im Hinblick auf künftige Kreditaufnahmen notwendig ist, den Hebesatz zu erhöhen.

Hr. Ascherl hält den Zeitpunkt jetzt für falsch. Erhöhung der Grundsteuer würde an Mieter weitergegeben.

Hr. Braun sieht darin nicht den Kostentreiber für die Mieten.

Hr. Baierl sieht unsere Aufgabe auch darin, Einnahmen für die Stadt zu generieren. Im Vergleich zur letzten Erhöhung 2004 ist die Kaufkraft unserer Steuereinnahmen sehr gesunken.

[Ö 12](#) Gegen die Stimmen der CSU, von Frau Rieth und Hr. Dombret so beschlossen  
Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind

[Ö 13](#) Mitteilungen aus der Verwaltung  
- Gehweg an der Schleißheimer Str. wird baldmöglichst saniert.

[Ö 14](#) Sonstiges; Anträge und Anfragen.  
- Hr. Ascherl: Müllentsorgung so ändern, dass man sich auch Restmülltonne teilen darf, wenn jetzt gelbe Tonne dazukommt.  
- Er berichtet, dass viele Eltern besorgt sind wg. Maskenpflicht in der Schule. Hr. Braun ergänzt, dass er auch Maskenpflicht an unseren Plätzen für nicht nachvollziehbar hält.  
- Bgm. berichtet, dass er den Landrat auch darauf hingewiesen hat, dass diese Maßnahme eine gewisse Beliebigkeit aufweist.  
- Hr. Adolf unterstreicht den Wunsch des Seniorenbeirats auf eine Umkleidemöglichkeit am Garchinger See.  
- Er fragt, warum wir nicht dem kommunalen Energieeffizienznetzwerk beitreten. Er schimpft, dass wir nicht vorankommen im Klimaschutz. Hr. Nolte sieht das Netzwerk eher kritisch, ein Diskussionsforum. Auch Bgm. findet, dass wir erstmal mit unserem eigenen Klimaschutzkonzept vorankommen müssen. Frau Rieth hält nochmal dagegen.  
- Hr. Dombret: regt zur gelben Tonne mehr Unterstützung und Information durch Verwaltung an.  
- Auch er appelliert nochmal, beim Landrat die Maskenpflicht an den Plätzen in Frage zu stellen.  
- Hr. Kratzl fragt, ob die Stadt Einfluss nehmen kann auf die Hygienemaßnahmen in den Schulen, vor allem im Gymnasium. Frau May ergänzt, dass sie schon in Diskussion sind.

[N 1](#) Grundsatzbeschluss zur Positionierung des Stadtrates zur Finanzierung der U6 - Information des Sachstandes durch die Kanzlei Oppenländer  
Bgm. erläutert den Hintergrund und auch den Auftrag des Kreistags an den Landrat, den Freistaat mit in die Finanzierung hineinzuholen.  
Anwalt erläutert: Aufgabenträger ist in diesem Fall der Landkreis, der auch die Finanzierung des ÖPNV sicherstellen muss. Die Stadt Garching ist „nur“ Eigentümer der Infrastruktur. Nach der bisherigen Lage haben wir auf dem 1. Abschnitt aber gar keine Pacht erhalten.  
Nach dem „Modell Martinsried“ zahlt 2/6 der Landkreis, die Hälfte der Freistaat und 1/6 Stadt Garching (2. Abschnitt). Im 1. Abschnitt soll Garching sogar 2/6 zahlen. Diese Vertragslage ist nicht zu akzeptieren. Die 6 Mio., die im alten Vertrag als Rücklage angelaufen sind, bieten wir an.  
Diskussion  
Einstimmig zur Vorlage.

[N 2](#) Entscheidung über den Wegfall der Voraussetzungen für die Geheimhaltung bei nicht-öffentlichen Beschlüssen

[N 3](#) Mitteilungen aus der Verwaltung

[N 4](#) Sonstiges; Anträge und Anfragen